



focus 2/10

April

Das Stadtzentrum als Sinnbild für die Qualitäten der Region

Was haben die Städte Sainte-Hyacinthe in Kanada, Manhattan oder Billings in den USA, Sendai in Japan, Brisbane in Australien und Arlon in Belgien gemeinsam? Unterschiedliche Kulturen, unterschiedliche Grössen, unterschiedliche wirtschaftliche Realitäten – jede Stadt scheint unvergleichlich, anders und einzigartig zu sein. Deshalb kann man sich fragen, inwiefern sich historische Zentren von Schweizer Städten mit kleinen Städten in Kanada, mit Metropolen in Japan oder den Vereinigten Staaten oder mit mittleren Städten in Belgien sinnvollerweise vergleichen lassen. Auf den ersten Blick wohl kaum.



Dennoch, als mir 1996 der Direktor der Stiftung «Rues Principales» von seinen Erfahrungen bei der Entwicklung von Methoden für die praktische Aufwertung von Stadtzentren in Kanada erzählte, war mir klar: «Dies ist ja genau das Gleiche, das wir in Belgien machen!» Dies zeigte mir, dass sich hinter anderen Fassaden gleiche Probleme und ähnliche Lösungsansätze verbergen. Man kann sich nicht vorstellen, wie ähnlich sich ein japanischer, ein französischer oder amerikanischer Detailhändler sind. Ein Beamter gleicht einem Beamten, unabhängig davon ob er Kanadier, Belgier, Franzose, Schweizer, Australier oder Japaner ist.

Ein historisches Stadtzentrum ist geprägt durch Vergangenheit, Geschichte und Werte, die schwierig in Worten wiederzugeben sind. Aber sie sind offensichtlich Teil des kollektiven Bewusstseins. Historische Zentren weisen

strukturelle Nachteile auf, die dazu führten, dass vieles an die Peripherie abwanderte: Zugänglichkeit, Parkplatz-Problematik, kleinräumige Besitzverhältnisse, Umgang mit dem öffentlichen Raum... Das grösste Handicap der Stadtzentren sind die vielen involvierten Akteure, deren Interessen oft nur schwerlich miteinander in Einklang zu bringen sind.

Heute stehen die historischen Zentren vor der Wahl, einfach nichts zu tun oder sich für die Zukunft zu rüsten und sich einer doppelten Herausforderung zu stellen: Die

Entwicklung von Lebensqualität und die Sicherung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung. Als Begegnungsort und Knotenpunkt ist das Stadtzentrum für ausländische Besucher gleichermaßen Indikator für die Dynamik und die Lebensqualität eines Ortes; für die lokale Bevölkerung ist es ein Identifikationspunkt.

Der Umgang mit Stadtzentren setzt eine Methode voraus, die auf einer öffentlich-privaten Partnerschaft mit einer globalen und kohärenten Vision aufbaut. Dies bietet das Label TOCEMA (TOWN CENTRE MANAGEMENT), das in kanadischen, amerikanischen, europäischen und bald auch japanischen Städten funktioniert. Die Instrumente und Methoden sind vorhanden und einsatzbereit. Für die Stadtzentren gilt wie bei allen anderen Dingen auch – es braucht Ziele und Instrumente!

Jean-Luc Calonger, Präsident der Vereinigung für Stadtzentrum Management AMCV (Belgien)

Liebe Leserin, lieber Leser

Die Verlagerung von Detailhandelsaktivitäten und Gewerbe aus den Innenstädten an den Stadtrand, die viele kleinere und mittlere Städte erleben, steht im Widerspruch zu einem haushälterischen Umgang mit Ressourcen und entwertet die dicht besiedelten Lebensräume. Mit der Grundlagenarbeit des Netzwerk Altstadt sollen die betroffenen Städte Instrumente für konkrete Verbesserungen vor Ort erhalten.

Der Städteverband unterstützt diese Bemühungen aktiv und übernimmt ab April die Funktion der Anlaufstelle für Fragen rund um den Strukturwandel in Stadtzentren.

Gute Lektüre – Ihre focus-Redaktion



Inhalt

Das Stadtzentrum als Sinnbild für die Qualitäten der Region	1
«Die heutigen Qualitäten des Dorfkerns sollen erhalten bleiben»	2
Das Netzwerk Altstadt als Kompetenzzentrum für Ortskerne	3
Sessionsrückblick, Vernehmlassungen	4
Urbane Sonderlasten, Gemeindetageskarten, Städte-Statistik, Stromtagung	5
Agenda	6

«Die heutigen Qualitäten des Dorfkerns sollen erhalten bleiben»

Barbara Bär-Hellmüller, Gemeindepräsidentin von Altdorf



Altdorf ist seit 1953 Mitglied des Städteverbandes. Was macht seine Besonderheit aus?

Altdorf ist mit seinen rund 8'700 Einwohnerinnen und Einwohnern immer noch ein Dorf im eigentlichen Sinne. Man kennt sich und grüsst sich auf der Strasse. Zugleich hat der Hauptort von Uri als wirtschaftliches und kulturelles Zentrum kleinstädtische Züge. Sie finden hier über 120 Fachgeschäfte. In 530 Betrieben arbeiten rund 6'000 Personen. Erwähnenswert ist unser mildes Klima. Durch unsere Föhnlage sind die Temperaturen im Schnitt nur etwa 3 Grad tiefer als in Lugano. Die Lage an der Gotthardroute brachte auch architektonische und künstlerische Einflüsse aus dem Süden nach Altdorf.

Welche Herausforderungen und Chancen stellen sich Altdorf und seiner historischen Bausubstanz?

Das Dorfbild von Altdorf ist von nationaler Bedeutung. Der Ortskern hat durch seine abwechslungsreiche Folge von Strassen- und Platzräumen besondere räumliche Qualitäten, so zum Beispiel am dreiseitig geschlossenen Rathausplatz mit dem Teldenkmal und dem mittelalterlichen Wohnturm. Zugleich sollen in den historischen Bauten zeitgemässe Nutzungen mit andern Bedürfnissen als vor 200 Jahren möglich sein. Diese Gegensätze fordern Planer, Bauherren und die Bewilligungsbehörden gleichermaßen. Zur Beurteilung von Baueingaben gibt es daher ein Fachgremium Kernzonen, das unsere Baukommission fachlich unterstützt.

Welche Veränderungen hat Altdorf in den letzten Jahren erlebt?

Der Dorfkern mit seiner räumlichen und architekturhistorischen Qualität ist weitgehend erhalten geblieben. Die grössten Veränderungen sind am Dorfkernrand festzustellen. Ein Teil des Industrieareals wurde umgenutzt. Zum Beispiel entstanden in einer ehemaligen Bodenbelagsfabrik Alterswohnungen, Büros und Räumlichkeiten für Dienstleistungsbetriebe.

Altdorf arbeitet mit dem Netzwerk Altstadt zusammen. Mit welchen Erwartungen und ersten Erfahrungen?

Wir stellen fest, dass sich vor allem im Dorfkern von Altdorf Wohn- und Ladennutzungen stark verändern. Die klassischen Verkaufsläden gehen zunehmend verloren. Im Dorfzentrum wohnen fast keine Familien mehr. Dies wiederum hat Einfluss auf die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Es galt, diese Tendenzen zu erkennen. Dabei hilft uns das Netzwerk Altstadt mit seiner Erfahrung sehr.

Welche Erkenntnisse haben Sie bereits gewonnen?

Die bereits abgeschlossene Analyse des Netzwerkes Altstadt zeigte weitere Entwicklungen und konkrete Handlungsoptionen für Verbesserungen auf. Der Bericht beleuchtet die Dynamik, die sich aus den Folgen des Strukturwandels im Dorfkern ergibt und weist auf Spannungsfelder hin. In den Bereichen Wohn- und Ladennutzungen, zur Nutzung des öffent-

lichen Raums sowie zum restlichen Gemeindegebiet haben wir verschiedene konzeptionelle und konkrete Empfehlungen erhalten. Mit Gewerbe- und Interessenvertretern wollen wir nun gezielte Massnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung des Ortskerns erarbeiten.

Wohin soll sich das Zentrum entwickeln?

Die heutigen Qualitäten des Dorfkerns – die gesunde Mischung von Wohnen, Einkauf, Dienstleistungsangeboten, Kultur und Freizeit – sollen erhalten bleiben. Diese Nutzungen ergänzen sich gegenseitig. Der stark störende Durchgangsverkehr muss verkleinert werden.

Was bedeutete die Verleihung des Wakkerpreises 2007 für Altdorf? Würde oder Bürde?

Die Verleihung des Wakkerpreises 2007 war für Altdorf eine grosse Ehre und Auszeichnung für mehr als 15 Jahre konsequente Politik in Planungs- und Baufragen. So wandte der Gemeinderat immer wieder Studienauftrags- und Wettbewerbsverfahren an und unterstützte auch Private bei diesen Verfahren. Neben der positiven nationalen Publizität ist der Wakkerpreis für uns auch eine Verpflichtung, in Planungs- und Baufragen die Qualität in den Vordergrund zu stellen.

Wo sehen Sie Altdorf in 20 Jahren?

Im Zuge der vermehrten Zusammenlegung von Behörden und Verwaltungseinheiten auf kommunaler Ebene wird Altdorf als Kantonshauptort an Bedeutung gewinnen. Mit der Inbetriebnahme des Gotthardbasistunnels wird der Bahnhof Altdorf zum Hauptbahnhof Uri. Diese Chance gilt es aktiv zu nutzen.

Barbara Bär-Hellmüller, Gemeindepräsidentin von Altdorf

Geboren 1957, ist Barbara Bär-Hellmüller seit 1995 im Altdorfer Gemeinderat. Nach acht Jahren als Sozialvorsteherin, vier Jahren als Vizepräsidentin ist die FDP-Politikerin seit 2007 Präsidentin des Urner Hauptortes.

Neben ihrer Familie und der Tätigkeit im Gemeinderat (Pensum von rund 50 %), führt die dreifache Mutter eine Kinderartikelbörse.

Das Netzwerk Altstadt als Kompetenzzentrum für Ortskerne

Urs Brülisauer, Leiter Netzwerk Altstadt

Am Anfang stand ein Forschungsprojekt des Bundesamtes für Wohnungswesen BWO zu den Folgen des Strukturwandels in Innenstädten und Kernzonen. Mit dem Netzwerk Altstadt ist daraus ein Kompetenzzentrum für Fragen der Innenstadtentwicklung entstanden, dem sich immer mehr Städte und Trägerschaften anschliessen. Seit diesem Jahr ist das Bundesamt für Raumentwicklung ARE und das Staatssekretariat für Wirtschaft seco begleitend dabei und der Schweizerische Städteverband fungiert als Anlauf- und Kontaktstelle.

Viele kleinere und mittelgrosse Städte haben in den letzten Jahren ähnliche Erfahrungen gemacht: Im Zuge des Strukturwandels in ihren Zentren – meist der historischen Altstadt – gehen Detailhandelsgeschäfte verloren, bleiben leere Ladenflächen zurück, resp. werden durch unattraktive Nachnutzungen besetzt. Oft nehmen Vandalismus und Nachtlärm zu, die Liegenschaften werden nur noch unzureichend unterhalten. Diese Entwicklung wird denn oft auch als Abwärtsspirale mit Verslummungstendenz, als «Downgrading» wahrgenommen. Für Altstädte mit historischer Bausubstanz und identitätsstiftendem Charakter ist dieser Prozess besonders einschneidend. Aber auch grosse Städte sind vor derartigen Entwicklungen nicht gefeit. Hier sind es Quartierzentren von Aussenquartieren, die ähnliche Erfahrungen machen.

Ein Netzwerk mit Werkzeugkasten

Eine 2008 durchgeführte Umfrage bei 150 Städten und zusätzliche vergleichende Analysen zeigen, dass viele kleinere und mittelgrosse Schweizer Städte von starken strukturellen Veränderungen in ihren Zentren betroffen sind. Meist tun sie sich im Umgang mit diesen Entwicklungen schwer. Es fehlt an Ressourcen, um die notwendige Grundlagenarbeit zu leisten und die Prozesse zur Beeinflussung der Entwicklung in Gang zu setzen. Und ohne das Bewusstsein über die Hintergründe des Strukturwandels fehlt oft das Vertrauen in die eigenen Stärken, diesen Wandel positiv zu gestalten.

Hier setzte das Forschungsprojekt an, das schliesslich den Anstoss zum Netzwerk Altstadt gab. Es hatte zum Ziel, einen Werkzeugkasten zu entwickeln, mit dem Städte in der ganzen Schweiz den Herausforderungen rund um die Strukturentwicklung in ihren Zentren

begegnen können. Ein erster Schritt dazu ist, dass sich die verschiedenen Akteure – Politik, Verwaltung, Eigentümer etc. – auf ein gemeinsames Verständnis des Strukturwandels einigen können.

Praxisorientierte Werkzeuge

Die standardisierten Werkzeuge des Werkzeugkastens wurden aus der Praxis heraus entwickelt und führen schrittweise durch die einzelnen Prozessphasen. Sie sind günstig in der Anwendung und dadurch auch für kleinere Gemeinden erschwinglich. Die Werkzeuge selbst sind gratis. Kosten entstehen bei deren Anwendung.

Ziel ist, einen Prozess auf unterschiedlichen Ebenen anzustossen: Auf der Ebene von Behörden und Verwaltung kommen strategische Werkzeuge wie die Stadtanalyse und die Wohnstrategie zum Zug. Die von einer erfahrenen Fachperson vorgenommene Stadtanalyse zeigt auf kompakte und ungeschminkte Weise, wo der Strukturwandel Spuren hinterlässt und so Handlungsansätze bestehen. Die Wohnstrategie durchleuchtet die Wohnpotentiale einer Stadt und bedingt den Einbezug der Hauseigentümer. Die konkreten Perspektiven einer einzelnen Liegenschaft (bspw. für Umnutzung und/oder Sanierung) vermag die Hausanalyse aufzuzeigen. Diese wird im Auftrag des Eigentümers erstellt, kann aber u.U. von der Stadt unterstützt werden. Schliesslich soll ein Gassenclub unter den Stadtbewohnern Solidarisierungsprozesse anregen und so die Bevölkerung in den Prozess einbeziehen.

Perspektiven des Netzwerks Altstadt

Das Netzwerk Altstadt versteht sich als Kompetenzzentrum für Altstadtfragen und will eine Plattform sein für den Austausch von Er-

fahrungen, Werkzeugen und Beispielen. Konkret arbeitet das Netzwerk Altstadt in folgenden Bereichen:

- **Forschung:** Suchen nach den Gründen und Zusammenhängen der strukturellen Veränderungen und dokumentieren der Erkenntnisse. Entwickeln von Werkzeugen, die den betroffenen Städten angeboten werden können, um dem Wandel zu begegnen und im besten Fall Entwicklungsprozesse zu steuern.
- **Fachliche Arbeit mit Städten:** Beraten, Unterstützen in der Kommunikation mit Informationen und Argumentarien, Einleiten von Prozessen unter Einsatz der Werkzeuge.
- **Netzwerk:** Aufbauen des Erfahrungsaustausches unter betroffenen Städten und Gemeinden und anbieten von Weiterbildungsmöglichkeiten.
- **Kommunikation:** Auskunft und Informationsstelle, Medienarbeit zum Thema Strukturwandel in städtischen Zentren.

Aus dem heutigen Kompetenzzentrum soll noch vermehrt ein Kompetenznetzwerk von Städten, Gemeinden aber auch Kantonen werden. Dies damit möglichst viele von den Erfahrungen und dem Wissen über den Umgang mit dem Strukturwandel in Stadtzentren profitieren können. Dafür ist die Anlaufstelle beim Städteverband von grosser Bedeutung.

Urs Brülisauer



Inhaber eines Büros für Architektur und Stadtentwicklung, Mitinitiant und Leiter des Netzwerks Altstadt. Beschäftigt sich seit 10 Jahren mit dem Thema Strukturwandel in Zentren. www.netzwerk-altstadt.ch

Die Frühlingsession im Rückblick

Arbeitslosigkeit, Klima-Wandel und Migration waren einige der grossen Themen, welche die Räte in der Frühlingsession behandelten.

Umstrittene Arbeitslosenversicherung

Die radikalen Abbauvorschläge bei den Leistungen bei Arbeitslosigkeit, die der Nationalrat im Dezember beschlossen hatte, blieben im Ständerat chancenlos. In der Differenzbereinigung schwenkte die grosse Kammer weitgehend auf die Beschlüsse des Ständerates ein. Vorgesehen sind aber weiterhin Leistungskürzungen insbesondere für jüngere Versicherte. Die Versicherungsbeiträge werden von 2 auf 2,2 Lohnprozente erhöht. Linke und Gewerkschaften haben angekündigt, gegen die Revision das Referendum zu ergreifen.

Klima-Initiative und Solarfonds abgelehnt

Der Nationalrat empfiehlt die Volksinitiative «Für ein gesundes Klima» zur Ablehnung. Einzig SP, Grüne und eine Minderheit der CVP/EVP/GLP-Fraktion stimmten dafür. Der Gegenvorschlag zur Initiative, eine Revision des CO₂-Gesetzes, wird im Juni im Rat diskutiert.

Ebenfalls kein Gehör fand im Nationalrat die Motion von Ständerätin Simonetta Sommaruga (SP/BE), die einen Fonds zur Förderung von Solaranlagen vorgesehen hatte. Damit ist die Vorlage vom Tisch.

Ausbildung für papierlose Jugendliche

Anlässlich einer ausserordentlichen Session zum Thema Migration hat der Nationalrat u.a. eine Motion des Genfer-CVP-Vertreters Luc Barthassat überwiesen. Sie verlangt, dass papierlosen Jugendlichen der Zugang zu einer Berufslehre ermöglicht wird.

Infrastrukturfonds: Entscheid aufgeschoben

Die Beratung der Motion von Ständerat Werner Luginbühl (BDP/BE), die vom Bundesrat eine sach- und zeitgerechte Mittelplanung und eine genügende Finanzierung des Infrastrukturfonds fordert, wurde im Ständerat verschoben. Luginbühl selber machte den Vorschlag, die Motion der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen zuzuweisen und dort zusammen mit anderen verkehrspolitischen Fragen zu diskutieren.

Erhöhung der Wasserzinsen beschlossen

Der «helvetische Kompromiss», der eine Erhöhung der Wasserzinse mit einer Anhebung des maximalen Zuschlags zur Förderung von erneuerbaren Energien (von 0,6 auf 0,9 Rp. pro kWh) verbindet, steht. Der Ständerat ist den Vorschlägen des Nationalrates weitgehend gefolgt, bestand aber auf der Änderung der im Energiegesetz vorgesehenen Regelung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV).

Städte in den Ständerat

Der Schaffhauser Nationalrat Hans-Jürg Fehr (SP/SH) schlägt in einer Parlamentarischen Initiative vor, eine politische Vertretung der Städte im Parlament einzuführen.



Wie entscheidet der Nationalfonds?

Der Bieler Stadtpräsident Hans Stöckli (SP/BE) hat eine Interpellation eingereicht, um vom Bundesrat zu erfahren, nach welchen Kriterien die jüngsten Schwerpunktprogramme des Nationalfonds beschlossen wurden.

Mikro-Verunreinigungen: Denkpause

Nationalrat Kurt Fluri (FDP/SO) und Ständerat Rolf Büttiker (FDP/SO) haben je eine Motion eingereicht, mit der sie den Bundesrat auffordern, so lange auf die Änderung der Gewässerschutzverordnung zu verzichten bis weitere Abklärungen insbesondere zur Finanzierung abgeschlossen sind.

Vernehmlassungen

Totalrevision des Bürgerrechts: Ja, aber

Einbürgerungen sind ein wichtiger Bestandteil der Integrationspolitik. Die Städte begrüssen deshalb die Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes, mit der das geltende Recht aktualisiert wird. Allerdings wurden auch einige Vorbehalte formuliert.

Insbesondere kritisieren die Städte den Vorschlag des Bundesrates, eine Aufenthaltsbewilligung C zur Voraussetzung für die Einbürgerung zu machen. Sie fordern, dass insbesondere auch für gut integrierte Jugendliche mit Status F oder B eine Einbürgerung weiterhin möglich sein muss. Andernfalls entsteht gegenüber der heutigen Situation eine kaum erwünschte Verschärfung. Zudem halten die Städte die Abstützung auf eine «kantonale Aufenthaltsdauer»

bei der Berechnung der Aufenthaltsdauer in der Schweiz nicht für zeitgemäss. Angesichts des heutigen Mobilitätsverhaltens müssten diesbezüglich mindestens auch Aufenthalte in den unmittelbaren Nachbarkantonen mitgezählt werden.

Ja zur Vereinfachung der Asylverfahren

Die Städte begrüssen grundsätzlich die Revision des Asylgesetzes. Sie kritisieren aber, die vorgeschlagene Reduktion der Beschwerdefrist im materiellen Verfahren von 30 auf 15 Tage. Kein anderes Verwaltungsverfahren in der Schweiz kennt derart kurze Fristen. Im Weiteren weisen die Städte darauf hin, dass die beschleunigte Zuweisung von abgewiesenen Asylsuchenden und Personen mit Nichteintretensentscheid an

die Kantone indirekte Auswirkungen auf die Städte und städtischen Gemeinden hat. Der Bund transferiert damit eine problematische Personengruppe von einem Ort mit hoher Kontrolldichte in den offenen kommunalen Raum; damit spart der Bund Sozialhilfekosten und verlagert diese als Nothilfekosten weitgehend zu Kantonen und Gemeinden.

Abschaffung der Velo-Vignette

Der umweltverträgliche Langsamverkehr (Fuss- und Fahrradverkehr) leistet einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der zunehmenden Verkehrsströme in Städten und Agglomerationen. Mit der Abschaffung der Fahrrad-Haftpflicht-Versicherung verschwindet eine bürokratische Hürde. Deshalb unterstützen die Städte diese Massnahmen.

Bessere Abgeltung der Sonderlasten der urbanen Zentren!

Teil der Neugestaltung des Finanz- und Lastenausgleichs zwischen Bund und Kantonen (NFA) ist die Abgeltung eines Teils der Sonderlasten von urbanen Zentren und ländlichen Regionen. Obwohl diese Sonderlasten zu 72 % in Städten und Agglomerationen anfallen, schlägt der Bundesrat für die neue NFA-Periode weiterhin eine hälftige Aufteilung der Abgeltung vor.

Damit werden geographisch-topographische Sonderlasten zu 23 %, sozio-demographische hingegen lediglich zu 8 % abgedeckt. Der Städteverband forderte den Bundesrat auf, die effektiven Sonderlasten der Städte angemessen zu berücksichtigen, da diese als Wirtschaftsmotoren zum Wohlergehen des ganzen Landes beitragen.

Verhandlungen Gemeindetageskarte

Der Entscheid des Verbandes öffentlicher Verkehr (VöV), ab Dezember 2010 die Gemeindetageskarte zu verteuern und zugleich ihre Geltungsdauer einzuschränken, löste bei vielen Gemeinden und Städten Kritik aus. Dies setze ein verkehrs-, umwelt- und regionalpolitisch falsches Signal und die Einschränkung ab 9 Uhr sei nicht bedürfnisgerecht. Der Gemeinde- und der Städteverband forderten an einer Aussprache mit VöV und SBB, zumindest die zeitliche

Zusätzliche Informationen: www.staedteverband.ch/Aktuell/Medien

Tagung: Perspektiven für kommunale Elektrizitätswerke im liberalisierten Markt

Die Strommarktliberalisierung ist mit grossen Herausforderungen für Stadt- und Gemeindewerke verbunden. Für die Gemeinden



Einschränkung rückgängig zu machen. Diese argumentieren, die Gemeindetageskarte kanibalisieren die normalen Tageskarten preislich und gewinnen nur noch bedingt neue Kunden für den öffentlichen Verkehr. Die Gesprächspartner wollen die Gemeindetageskarte an einem nächsten Treffen vertieft diskutieren.

4 Prozent Mittelwachstum für Verkehr

Zusammen mit den kantonalen Bau- und Verkehrsdirektoren, den Verbänden des privaten und des öffentlichen Verkehrs und des Berggebiets wehrt sich der Städteverband gegen die zu tiefen Wachstumsvorgaben, die der Bund im Rahmen des Konsolidierungsprogramms für den Verkehrsbereich vorsieht. Dies hätte gravierende Folgen für die Verkehrsteilnehmenden, die Umwelt und die Wirtschaft. Vom Bund wird die Erhöhung dieser Wachstumsvorgaben auf nominal 4 % gefordert.

Statistik der Schweizer Städte 2010

Während die Zahl der Gemeinden in der Schweiz sinkt, nimmt die Anzahl der Städte zu. Nach statistischen Kriterien zählt die Schweiz neu 151 Städte – das sind 11 mehr als im Vorjahr. Zu ihnen liefert die Statistik der Schweizer Städte 2010 umfangreiche Daten über Bevölkerung, Wirtschaft, Bildungswesen, Politik.

und Städte als Eigentümer von kommunalen Stromversorgern stellen sich grundsätzliche Fragen: Was bedeutet die Strommarktliberalisierung für ein Stadt- oder Gemeindewerk und die Politik? Welche Perspektiven eröffnet die Strommarktliberalisierung? Welche Anforderungen stellt die Strommarktöffnung an Energieversorger in kommunalem Besitz?

Zu diesen Fragestellungen führen der Städteverband und der VSE am 10. Juni 2010 in Bern eine Stromtagung für Städte und Gemeinden durch. Partner der Tagung sind der Schweizerische Gemeindeverband, das Bundesamt für Energie und Swisspower.

Informationen & Anmeldung: www.strom.ch

Kurzmeldungen

Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität

Die dichtbesiedelten städtischen Gebiete sind bei Verkehrsfragen oft mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert. Gefragt sind Lösungen für eine nachhaltige, umwelt- und stadtverträgliche Entwicklung des Verkehrs, welche die Lebensqualität in den Städten verbessern, ohne gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung zu unterbinden.

Vor diesem Hintergrund haben die Städte Basel, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich gemeinsam die «Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität» erarbeitet. Sie folgen dabei dem Leitgedanken, umweltfreundliche Verkehrsarten zu fördern, auf den Umgang mit begrenzten Ressourcen zu achten und die Wohnqualität in den Städten zu erhöhen.

Informationen: www.stadt-verkehr.ch

Europäische Woche der lokalen Demokratie

Im Rahmen der europäischen Woche der lokalen Demokratie finden jedes Jahr rund um den 15. Oktober in allen Mitgliedstaaten des Europarates verschiedenste Veranstaltungen auf lokaler Ebene statt. Ziel ist es, das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für die Institutionen und Mechanismen der lokalen Demokratie zu fördern.

In diesem Jahr steht die Europäische Woche der lokalen Demokratie unter dem Thema «Klimawandel und nachhaltige Entwicklung». Auch in der Schweiz sind Aktionen geplant, beispielsweise in Neuchâtel oder der Birsstadt-Region. Informationen für interessierte Städte und Gemeinden: Schweizerische Vereinigung für den Rat der Gemeinden und Regionen Europas (SVRGRE): www.asccre.ch

Wie arbeiten die Stadt Zürich und ihre Nachbargemeinden zusammen?

Bedarf und Nutzen von überkommunaler Zusammenarbeit sind offensichtlich und ausgewiesen. Oft fehlt jedoch die Übersicht über die vielfältigen Kooperationen.

Eine Studie über den Stand und die Perspektiven der Zusammenarbeit der Stadt Zürich und ihren Nachbargemeinden schliesst diese Lücke. Informationen:

www.stadt-zuerich.ch/cityregionnet

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

26./27. August 2010 **Städtetag 2010 «Mobilität an ihren Grenzen – neue Konzepte für die Zukunft»** in Zürich
Weitere Auskünfte: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

10. Juni 2010 **Stromtagung «Perspektiven für kommunale Elektrizitätswerke im liberalisierten Markt»** in Bern
Weitere Auskünfte: Rosa Soland, Telefon 062 825 25 44, rosa.soland@strom.ch

Kommunale Infrastruktur

6. Mai 2010 **Medientraining: Radio- und Fernsehinterviews** in Zürich

17. Juni 2010 **Mitgliederversammlung** in Zürich

Weitere Auskünfte: Stephanie Glutz, Telefon 031 356 32 32, info@kommunale-infrastruktur.ch

Städteinitiative Sozialpolitik

7. Mai 2010 **Frühlingskonferenz: «Soziale Integration als Schlüsselfaktor der Armutsprävention»** in Neuenburg
Weitere Auskünfte: Städteinitiative Sozialpolitik, Telefon 041 208 81 32, info@staedteinitiative.ch

Konferenz Städtischer Polizeidirektoren und -direktorinnen KSPD

22./23. April 2010 **Generalversammlung** in Chur
Weitere Auskünfte: Andrea Bucher, Telefon 044 411 70 26, andrea.bucher@zuerich.ch

Städteinitiative Bildung Volksschule

21. Mai 2010 **Frühlingskonferenz** in Luzern
Weitere Auskünfte: Urs Purtschert, Telefon 041 208 82 36, urs.purtschert@stadtluzern.ch

Schweizerische Konferenz der Stadt- und Gemeindeschreiber SKSG

18. Juni 2010 **Generalversammlung** in Chur
Weitere Auskünfte: Urs Müller, Telefon 044 832 62 40, urs.mueller@wallisellen.zh.ch

Weitere Organisationen

23. April 2010 **Mobilitätstagung «Potentiale des Fuss- und Veloverkehrs im urbanen Raum»** in Basel
Weitere Auskünfte: sun21, Telefon 061 227 50 55, anmeldung@sun21.ch

1. Juni 2010 **Forum Nachhaltige Entwicklung «Sport und Nachhaltige Entwicklung»** in Bern
Weitere Auskünfte: Anne DuPasquier, Telefon 031 325 06 25, anne.dupasquier@are.admin.ch

18. Juni 2010 **Stadt, Energie, Verkehr** in Zürich
Weitere Auskünfte: www.stadt-energie-verkehr.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband (SSV), Florastrasse 13, 3000 Bern 6

Redaktion: Renate Amstutz, Ariane Gigon (und Übersetzungen), Christina Grab, Sybille Oetliker, Martin Tschirren. Bildnachweis: Rolf Siegenthaler, Beat Kehrl
Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch

Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch